



Protokoll des Zürcher Kantonsrates

105. Sitzung, Montag, 6. Mai 2013, 9.30 Uhr

Vorsitz: *Bernhard Egg (SP, Elgg)*

Bruno Walliser (SVP, Volketswil)

Verhandlungsgegenstände

1. Mitteilungen

- Zuweisung einer neuen Vorlage..... Seite 00000
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage* Seite 00000
- Sola-Stafette Seite 00000

2. Wahl der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2013/2014

(Präsidium, 2 Vizepräsidien, 3 Mitglieder des Sekretariates und 9 übrige Mitglieder)

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 139/2013..... Seite 00000

3. Maximale Lohnschere in der Zürcher Kantonalbank

Parlamentarische Initiative von Mattea Meyer (SP, Winterthur), Peter Ritschard (EVP, Zürich) und Rosmarie Joss (SP, Dietikon) vom 28. Januar 2013

KR-Nr. 31/2013..... Seite 00000

Verschiedenes

- Einladung zum Apéro Seite 00000
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 00000

Geschäftsordnung

Ratspräsident Bernhard Egg: Ich begrüsse Sie zur 105. Sitzung, es ist die erste Sitzung des neuen Amtsjahres. Wir haben vorhin in der Kir-

che von den Werten «Recht», «Güte» und «Treue» gehört. Mögen uns diese Werte durch das neue Amtsjahr begleiten.

Wird das Wort zur Geschäftsliste gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass sie genehmigt ist.

1. Mitteilungen

Zuweisung einer neuen Vorlage

Zuweisung an die Justizkommission:

- **Wahl der Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten für die Amtsdauer 2013 bis 2019**
Beschluss des Kantonsrates, Vorlage 4980

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

- Protokoll der 104. Sitzung vom 29. April 2013, 8.15 Uhr

Sola-Stafette

Ratspräsident Bernhard Egg: Eine Mannschaft unseres Rates hat am letzten Samstag wiederum an der traditionellen Sola-Stafette der Hochschulen teilgenommen. Sie legte die 14 Etappen bei rund 116 Kilometern Gesamtstrecke und über 2600 Höhenmetern in elf Stunden, 13 Minuten und 14 Sekunden zurück. Die Mannschaft pflegt den olympischen Gedanken, dass Mitmachen wichtiger ist als Siegen. Und deshalb bleibe der Gesamtrang hier unerwähnt (*Heiterkeit*). Es liefen Mattea Meyer, Andreas Hasler, Thomas Marthaler, Ruedi Lais, Roland Munz, Christian Lucek, Patrick Hächler, Regula Kaeser, Stefan Krebs, der kürzlich aus dem Rat ausgeschieden ist, dann Rosmarie Joss, Pierre Dalcher, Andreas Wolf, Stefanie Huber und meine Wenigkeit. Und jetzt dürfen Sie applaudieren. (*Applaus. Zwischenruf von Julia Gerber Rüegg: «Ich bin im Fall auch gelaufen!»*) Ui, auf Ende der Amtsdauer ein Fehler: Es war gar nicht Mattea Meyer, sondern Julia Gerber, sie hat recht (*Heiterkeit*).

2. Wahl der Geschäftsleitung des Kantonsrates für das Amtsjahr 2013/2014

(Präsidium, 2 Vizepräsidien, 3 Mitglieder des Sekretariates und 9 übrige Mitglieder)

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 139/2013

Ratspräsident Bernhard Egg: Traditionell vorweg einige Worte meinerseits.

Mein Amtsjahr als Kantonsratspräsident liegt hinter mir, rasend schnell ist es vergangen. Es hat zahlreiche Höhepunkte aufgewiesen und mir vielfältigste Einladungen und unzählige Begegnungen gebracht. In bester Erinnerung sind mir die Wahlfeier sowie der Gesellschaftliche Anlass in Elgg. Mein Wohnort konnte sich von seiner besten Seite zeigen und ich hoffe, dass viele von Ihnen ihn wieder einmal besuchen werden. Höhepunkte waren sicher auch die Einladung der FIFA (*Fédération Internationale de Football Association*) zur Verleihung des «Ballon d'Or». Die aus den Medien bekannten Stars wie Messi (*Lionel Messi*), Ronaldo (*Cristiano Ronaldo*) oder Piqué (*Gerard Piqué*) mal live und von Nahem zu erleben, war schon grossartig. Sehr gefreut hat mich die Teilnahme als Ehrengast am Sechseläuten, zu dem mich Altkantonsrat und Zunftmeister Oberstrass Rolf André Siegenthaler eingeladen hat. Und speziell genossen habe ich die Reise der Geschäftsleitung nach Berlin. Wer die Entwicklung der ehemals geteilten Stadt noch nicht gesehen hat, sollte das unbedingt nachholen. Und gerade gestern folgte der letzte Höhepunkt, die Teilnahme an der Landsgemeinde in Glarus. Deshalb auch unsere roten Köpfe, es hat ja zum Glück die Sonne geschienen.

Insgesamt habe ich rund 150 Einladungen angenommen und dieser Anzug, den ich bei der Wahl getragen habe, geht mir heute noch (*Heiterkeit*). Ich war unter vielen anderen bei den Turnern, den Armbrustschützen, der UBS (*Schweizer Grossbank*), der CS (*Credit Suisse*), den Versicherungsbrokern, der expovina, den Sammlern der Jacobs-Stiftung, den Freimauern, den Senioren, der Heilsarmee und Pfarrer Ernst Sieber. Bei all diesen Besuchen durfte ich feststellen, wie willkommen der Kantonsratspräsident war und wie sehr das Gespräch geschätzt wurde. Das zeigt mir, wie wichtig für uns alle gesellschaftlichen Kontakte über das eigene Milieu hinaus sind, und es hat mir auch

gezeigt, wie wichtig unter anderem das Vereinswesen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist.

Das Leiten der Sitzungen dieses Rates und der Geschäftsleitung hat mich herausgefordert und mir sehr viel Freude gemacht. Die Bilanz lässt sich sehen: An meiner ersten Sitzung hatten wir 174 Traktanden, letzte Woche kamen wir unter 120, was schon lange nicht mehr der Fall gewesen ist. Natürlich ist das nicht nur mir, sondern auch Ihnen zu verdanken. Immerhin mit einer ganz drastischen Massnahme habe ich mehr Effizienz erreicht: Ich habe bei den Abstimmungen den Satz nicht mehr verlesen, dass wer sich der Stimme enthalten will, den entsprechenden Knopf drücken muss (*Heiterkeit*); das habe ich als bekannt vorausgesetzt. Einen Stichentscheid musste ich keinen fällen und habe es auch nicht vermisst.

Ich gebe Ihnen für den Ratsbetrieb keine Ratschläge auf den Weg. Dieser Versuchung widerstehe ich. Wir werden sehen, was die heute in Kraft tretenden neuen Bestimmungen bringen, Sie haben das neue blaue Büchlein ja mit dem letzten Versand erhalten, das die Änderungen des Geschäftsreglements und des Kantonsratsgesetzes enthält. Erlauben Sie mir aber, zwei Bereiche kurz zu streifen:

Ich freue mich, dass der Kantonsrat und die Parlamentsdienste in Bälde in punkto Infrastruktur einen grossen Schritt machen können. Mit dem Umzug in den «Rechberg» bekommt unser Parlament die Räumlichkeiten, die es längst verdient. Ich habe mich mehrfach für verbesserte Arbeitsbedingungen des Parlamentes eingesetzt und die bevorstehende Verbesserung erfüllt mich mit einer gewissen Genugtuung. Und ich kann es nicht lassen, zum Budgetprozess etwas Kurzes zu sagen. Die jährliche Debatte, die stets mit dem Frust endet, sehr viel gesprochen zu haben, aber nicht viel bewirken zu können, kann es wohl auf die Dauer nicht mehr sein, schon gar nicht, wenn der Frust in die unsägliche Übung mit dem ominösen Konto 4950 mündet. Auch die KEF-Erklärungen (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) sind nach Meinung der meisten hier drin nicht der Weisheit letzter Schluss, um die vom Kantonsrat gewünschte Verbesserung der Steuerung des Finanzhaushaltes zu erreichen. Wie wäre es, mal etwas laut gedacht, mit einem Vierjahres-Budget? Die Regierung hätte eine Legislatur lang die Gelegenheit, mit den bewilligten Budget-Krediten umzugehen. Freut euch aber nicht zu früh, liebe Regierungsmitglieder, parallel dazu müsste wohl das Berichtswesen stark verbessert werden und dem Parlament wären Mittel für zielgerichtetes Eingreifen während der Amtsdauer zu geben. Und es wäre die Möglichkeit anzuden-

ken, die Freigabe von Krediten, die Spezialbeschlüsse des Parlaments benötigen, mit Bedingungen zu versehen oder langfristige Projekte mit Zwischenentscheiden zu begleiten.

Immerhin eine zusätzliche Einnahmemöglichkeit wüsste ich Ihnen noch: Man könnte nämlich nicht nur Autonummern, sondern auch die Sitznummern hier drin versteigern (*Heiterkeit*). Mal sehen, was ein Randplatz erzielen würde.

Nun, ich ende an dieser Stelle. Ich danke dem Vizepräsidenten Bruno Walliser und der Vizepräsidentin Brigitta Johner für die ausgezeichnete Zusammenarbeit und die Unterstützung. Wir waren ein sehr gutes Team hier vorne und haben uns ausgezeichnet ergänzt. Ich danke der ganzen Geschäftsleitung für die sehr angenehme Zusammenarbeit während des ganzen Amtsjahres und ich danke insbesondere den Parlamentsdiensten, angeführt vom Leiter Moritz von Wyss, für die grossartige Unterstützung. Ich danke auch der Presse für die meist wohlwollende Berichterstattung über das Geschehen in diesem Saal. Und nicht vergessen möchte ich auch die Angehörigen der Kantonspolizei, die uns hier drin sicher fühlen lassen, und ich danke auch den Weibeldiensten, angeführt von Peter Sturzenegger, ganz herzlich. Ich danke von Herzen meiner Freundin Elsbeth Tanner für all ihr Verständnis und ihre vielfältige Begleitung und ich danke meiner Tochter und meinem Sohn, dass sie den Paps so viel entbehren mochten und mich so grossartig unterstützt haben.

Ich habe vor einem Jahr gesagt, ich hätte Sie alle gern und Sie sollten schauen, dass dies auch nach einem Jahr noch so sei, Sie erinnern sich. Heute kann ich sagen: Ich hab euch sogar noch etwas lieber. Ich gehe mit etwas Wehmut, aber auch mit Freude auf mehr Freizeit. Zum Beispiel möchte ich nächstens auf den Glärnisch, unsere Exklave besuchen, und ich freue mich auf alle neuen Herausforderungen. Danke für alles und «hebet's guet»! (*Kräftiger Applaus.*)

Vielen herzlichen Dank für den ebenso herzlichen Applaus. Nun, wir kommen zum mit Spannung Erwarteten, nämlich zur Besetzung des Präsidiums.

Wahl des Präsidenten

Ratspräsident Bernhard Egg: Gemäss Paragraf 13 des Kantonsratsgesetzes ist geheime Wahl vorgeschrieben.

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die einstimmige Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen vor:

Bruno Walliser, SVP, Volketswil.

Ratspräsident Bernhard Egg: Vorgeschlagen wird als Präsident des Kantonsrates Bruno Walliser, Volketswil. Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Dann schreiten wir zur Wahl. Ich mache darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal während des Wahlvorgangs ein Foto- und Filmverbot herrscht. Nun ist die Tür zu schliessen, wenn nicht noch jemand «hineinwutschen» will. Die anwesenden Ratsmitglieder drücken bitte die Präsenztaste.

Dann gehen wir folgendermassen vor: Die Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen wieder ein. Die Ratsmitglieder sind gebeten, an ihren Plätzen zu bleiben.

Es sind 167 Ratsmitglieder anwesend. Somit können die Wahlzettel ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen. Sie sind damit einverstanden.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	167
Eingegangene Wahlzettel.....	167
Davon leer	13
Davon ungültig	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl.....	153
Absolutes Mehr	77
Gewählt ist Bruno Walliser mit.....	149 Stimmen
Vereinzelte	<u>4 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	153 Stimmen

(Applaus. Bruno Walliser wird von seiner Gemeinde Volketswil und von der SVP-Fraktion je ein Blumenstrauss überreicht.)

Lieber Bruno, ich gratuliere dir zu dieser sehr guten Wahl, wünsche dir ein ganz gutes, erfolgreiches, gefreutes Amtsjahr und bitte dich nun, auf diesem Stuhl Platz zu nehmen. Die Tür kann geöffnet werden. *(Bruno Walliser nimmt, flankiert von zwei Kaminfegerinnen, auf dem Präsidenten-Stuhl Platz.)*

Ratspräsident Bruno Walliser: Ich gebe es offen zu, ich bin nervöser als sonst. Ich danke Ihnen für die Wahl zum Präsidenten des Kantonsrates des Standes Zürich. Mit dieser Wahl schenken Sie mir Ihr Vertrauen. Ich freue mich ungemein auf dieses Präsidialjahr, herzlichen Dank.

Lieber Bernhard, ich bitte dich, noch etwas hier zu bleiben. Ich danke dir, lieber Berni, im Namen von uns allen für die umsichtig, weitsichtig, übersichtlich, professionell, souverän und manchmal mit dem nötigen Humor geführten Ratssitzungen. Berni, du hast mir ein schweres Erbe übergeben. Im Namen des Kantons Zürich übergebe ich dir den Silbernen Löwen. Das ist die höchste Auszeichnung, die der Kanton zu vergeben hat. Lieber Berni, du hast ihn dir redlich verdient. *(Applaus. Der Ratspräsident übergibt Bernhard Egg den Silbernen Löwen.)* Gerne überreiche ich dir auch einen Blumenstrauss. Der ist nicht für dich, der ist für Elsbeth. Ich bitte dich, ihr diesen zu übergeben, sie hat ihn auch redlich verdient.

Lieber Regierungspräsident, geschätzte Mitglieder des Regierungsrates, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, liebe Gäste, «mir sind Züri». «Mir sind Züri» ist nicht nur ein guter Slogan der ZSC Lions *(Schweizerischer Eishockeyklub aus Zürich)*, «mir sind Züri» steht meiner Meinung nach auch für einen selbstbewussten und erfolgreichen Kanton Zürich. Wer erfolgreich ist, hat auch viele Neider. Nur wenn wir Erfolg haben, dürfen wir auch weiterhin auf den Anti-Züri-Reflex zählen. Manchmal, so scheint es, wären die anderen froh, es gäbe uns Zürcher und den Kanton Zürich nicht. Die Vorstellung, dass wir Zürcher zum Beispiel zu Baden-Württemberg und somit zur EU gehören würden, wäre für mich aus verschiedenen Gründen ein etwas unerfreuliches Szenario. Wir hätten dabei sicher unser Flughafenproblem gelöst, aber unter dieser Bedingung lösen wir unser Flughafenproblem doch lieber auf eine andere Weise, mit der Betonung auf «wir lösen».

Der Kanton Zürich ist 1351 der Eidgenossenschaft beigetreten. Die Reichsstadt Zürich hatte seit der Zunftrevolution 1336 innere Schwie-

rigkeiten, die 1350 zu einer Fehde mit Habsburg führten. Dem politisch isolierten Bürgermeister Rudolf Brun blieb in dieser Situation nur der Bund mit den Waldstätten. Zu diesem Schritt führte die Erkenntnis «Gemeinsam sind wir stärker». Seit dieser Zeit hat sich der Kanton Zürich zum grössten und wohl wichtigsten Kanton der Schweiz entwickelt. Der Kanton Zürich ist aber auch bezüglich der landwirtschaftlichen Nutzfläche der fünftgrösste Agrarkanton in der Schweiz und er steht nach effektiven Bruttoinlandwerten von 2010 an erster Stelle. Die Einwohnerzahl des Kantons Zürich liegt bei rund 1,4 Millionen, die Einwohnerzahl der Schweiz liegt heute bereits über 8 Millionen Einwohnern, Tendenz immer steigend, was nicht alle freut und aus meiner Sicht immer mehr zum Problem wird. Der Kanton Zürich bietet beinahe einen Fünftel aller Arbeitsplätze in der Schweiz. Weiter ist die ETH Zürich gemäss einem Ranking aus diesem Jahr die beste Hochschule in Europa, weltweit rangiert sie auf Platz 20. Die Universität Zürich ist dagegen gemäss dem gleichen Ranking nicht mehr in der Top-Liga. Hier sehe ich Handlungsbedarf. Der Anteil der Zürcher von 16 Prozent am Personenwagenbestand und der Gesamtverkehr führen beinahe täglich zu grossen Stausituationen. Wer kennt die Radiomeldungen über Staus auf der Nordumfahrung Zürich nicht schon auswendig? Im Jahr 2008 staute es drei Viertel des Jahres auf der Strecke Zürich–Winterthur. Bis heute ist das Verkehrsaufkommen kaum weniger geworden. In und um Zürich mit seinem Interkontinentalflughafen haben sich zahlreiche internationale Firmen angesiedelt, die viele Arbeits- und Ausbildungsplätze anbieten. Dabei sind direkte Flugverbindungen in die Welt hinaus für uns von grosser Bedeutung. Das sind alles eindrückliche Zahlen.

Ohne uns geht es nicht in der Schweiz, mit uns, hat man manchmal das Gefühl, auch nicht. Viele Probleme haben wir in den letzten Jahren vor uns hergeschoben. Die Meinung, dass diese sich dann irgendwann von selber lösen, ist ein Trugschluss. Auch von unseren Bundesvertretern erwarte ich, dass sie sich für die Anliegen des Standes Zürich und seine Bevölkerung geeint und nicht gegeneinander einsetzen. Andere Kantone haben bestimmt eigene Autobahnprojekte oder weitere Infrastrukturprojekte, die umsetzungsreif sind. Niemand wartet in Bern auf uns. Wir dürfen und müssen uns unserer Stärken bewusst sein. Nur mit einem starken Kanton Zürich gibt es auch eine starke Schweiz. Eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, wie sie zum Beispiel Spanien und Portugal haben, kennen wir zum Glück nur aus den Nachrichten. Das verdanken wir auch unserem bewährten dualen Be-

rufsbildungssystem. Dieses müssen wir weiterhin stärken und ihm Sorge tragen.

Der Besuch am diesjährigen Sechseläuten hat mir erneut gezeigt, dass die Stadt Zürich gleichermassen weltoffen und traditionsbewusst ist. Zürich und seine Agglomerationen, aber auch seine Randregionen haben viel zu bieten, nicht nur den Sternenberger Bergkäse von «Natürli – Züri lohnt eine Reise ins Oberland», auch das Naherholungsgebiet des Tösstals hat seinen besonderen Reiz. Aber auch wenn ich mit meinem Rennrad durchs Weinland, Zürcher Unterland oder Säuliamt und durch andere idyllische Regionen unseres Kantons fahre, denke ich jedes Mal, wie schön wir es doch alle haben. All dies muss unbedingt den nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Das Wachstum hat seine Grenzen in unserem dicht besiedelten Gebiet und es muss mit der Bevölkerung geklärt werden, ob wir eines Tages Verhältnisse wie in Hongkong oder New York haben wollen oder wie der Kanton Zürich in Zukunft aussehen soll. Erste Entscheide zu diesem Thema hat der Souverän bereits getroffen. In diesem Jahr werden wir uns neben vielen anderen Geschäften mit dem neuen Gemeindegesetz befassen; und hier kommt auch die Sicht des Gemeindepräsidenten hinein (*Bruno Walliser ist Gemeindepräsident von Volketswil*). Dieses wird vieles verändern, auch die Gemeindelandschaft. Weitere Gemeindefusionen werden die Anzahl der Gemeinden sicher verringern. Viele kleinere Gemeinden werden vielleicht in neuen, zum Teil grösseren Einheiten aufgehen. Das bedeutet aber nicht, dass alles kostengünstiger und besser wird. Das in der Schweiz bewährte Milizsystem wird dadurch aus meiner Sicht nur bedingt gefördert. Vieles, was in unseren kleinen Gemeinden noch ehrenamtlich erledigt wurde, muss dann professionalisiert werden und kostet ein Vielfaches. Das hat auch Auswirkungen auf die Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde. Diesen Aspekt dürfen wir bei der kommenden Ratsdebatte nicht unterschätzen. Viele Beispiele aus der Wirtschaft zeigen die Folgen, wenn man zu hoch hinauswill: Die Kontrolle wird schwierig und es gibt nur noch wenige, die die Übersicht haben.

«Wer sich den Gesetzen nicht fügen will, muss die Gegend verlassen, wo sie gelten», Johann Wolfgang von Goethe. In unserem Kanton und in der Schweiz gelten unsere Gesetze. Manchmal habe ich den Eindruck, dass erwartet wird, dass bei uns die Gesetze und Gepflogenheiten unserer Gäste gelten sollen. Wie schon Johann Wolfgang von Goethe in seiner Zeit festgestellt hat, muss die Gegend verlassen, wem die Gesetze hier nicht passen. Wir wollen, dass man sich an unsere

Gesetze hält und unsere Werte und unsere Kultur achtet. Wir sind ein freies Land mit einem freien Volk. Unsere freiheitliche Gesellschaft ist aber auch sehr verwundbar. Der Terrorakt in Boston hat uns dies wieder einmal in seiner traurigsten Dimension vor Augen geführt. Wir haben keine Garantie dafür, dass der Kanton Zürich oder die Schweiz nicht eines Tages auch Schauplatz einer solchen schrecklichen Tat wird.

Die Schweiz und der Kanton Zürich haben in der Vergangenheit viele zum Teil sehr schwierige Situationen gemeistert. Das Zusammenleben mit unseren europäischen Nachbarn war je nach Zeitperiode einfacher oder schwieriger. Nachbarschaftspolitik ist auch Interessenpolitik. Vielleicht haben wir Schweizer aus Mentalitätsgründen etwas Mühe damit, wenn unsere Nachbarn mit ausgefahrenen Ellbogen ihre Interessen durchsetzen wollen. Aber als Schwinger-Nation sollte und dies eigentlich keine Probleme bereiten. Diese Sportart zeigt, wie wir es machen müssten: Fair zum Gegner, aber hart in der Sache, und am Ende des Kampfes wischen wir dem Gegner freundschaftlich das Sägemehl von den Schultern und reichen ihm die Hand. Es braucht im Ring aber die richtigen Schwinger. Als Land im Herzen von Europa sind wir auf ein gutes Verhältnis mit unseren Nachbarn angewiesen, ein Verhältnis, das auf gegenseitigem Respekt und auf gegenseitiger Achtung beruht. Vor allem für den Kanton Zürich ist das sehr wichtig. Die Herausforderungen, vor denen unser schöner Kanton steht, bin ich bereit, im kommenden Jahr als Parlamentspräsident anzugehen, gemeinsam mit Ihnen, meine Kolleginnen und Kollegen des Kantonsrates. Gestern war ich als Gast an der Landsgemeinde in Glarus.

Übrigens – Bernhard Egg hat es schon erwähnt –, alle, die einen etwas röteren Teint haben, waren dabei. Und übrigens wurde diese Landsgemeinde von SRF (*Schweizer Radio und Fernsehen*) übertragen. Einen bescheidenen Wunsch für das kommende Jahr habe ich an Sie: Ich wünsche mir Kantonsratssitzungen wie die gestrige Landsgemeinde in Glarus. Nein, keine Live-Übertragung, sondern Ratssitzungen, welche von gegenseitigem Respekt geprägt sind, ohne raschelnde Zeitungen, Laptops, die die Sicht versperren und ohne klingelnde Handys und I-Phones.

Danken möchte ich schon jetzt meiner Familie für ihr Verständnis, dass ich nun ein Jahr lang noch weniger zu Hause bin, weil der Kanton Zürich meinen vollen Einsatz erfordert. Ich freue mich, dass ich für ein Jahr der höchste Zürcher sein darf. Ich werde diese Aufgabe gewissenhaft und mit vollem Engagement angehen. Ich freue mich auf

hoffentlich viele erfolgreiche Zürcherinnen und Zürcher in dieser Zeit, sei es Sport, Wissenschaft, Politik oder Wirtschaft. Ich hoffe, dass Ihnen allen der höchste Zürcher, der von Hauptberuf Kaminfegermeister ist, Glück bringt. In unserer Branche ist die Frauenquote staatlich noch nicht eingeführt worden. Trotzdem gibt es auch viele Kaminfegerinnen, die diesen Beruf mit Begeisterung ausüben. Mit mir und meinen beiden Lehrfrauen hat der Kanton Zürich also gleich dreifaches Glück und hoffentlich auch viel Erfolg. Besten Dank. (*Applaus.*)

Raphael Golta (SP, Zürich): Ich spreche zum Abschied von Berni Egg aus dem Kantonsratspräsidium.

Den Beginn seines Amtsjahres hat Berni Egg in einer Zirkusmanege in Elgg gefeiert. Heute, ein Jahr später, können wir konstatieren: In seinem Amtsjahr musste Berni Egg keine Löwen bändigen, höchstens das eine oder andere Gebell unterbinden. Aber wie wir alle wissen: Parlamentarier, die bellen, beißen nicht.

Lieber Berni, du hast diesen Rat in deinem Amtsjahr souverän und mit grosser Gelassenheit geführt. Das ist dir unter anderem deshalb gelungen, weil du mit einer grossen Portion Humor gesegnet bist und dich selber nie zu wichtig nimmst. Eine seltene Gabe in unserem Geschäft.

Eine Ehre, die Berni leider nicht zuteilwurde, war der Einsatz seiner Stimme für einen Stichentscheid. Auch wenn du, Berni, dies nicht vermisst hast – ich persönlich finde ja, dass ganz im Sinne der Gerechtigkeit jedem Ratspräsidenten ein Kontingent an Stichentscheiden zustehen sollte. Für das letzte Jahr wüsste ich denn auch die eine oder andere Abstimmung, bei welcher ich gerne einen Stichentscheid durch Berni gesehen hätte (*Heiterkeit*).

Die Mitglieder der kantonsrätlichen Geschäftsleitung werden deine Präsidialzeit, lieber Berni, in besonders guter Erinnerung behalten. Der Charme deines Heimatsstädtchens Elgg hat uns immer wieder erfreut und konnte die nicht ganz zentrale Lage meistens wettmachen (*Heiterkeit*). Neben den von dir effizient geführten Sitzungen hatten wir zum Glück auch dann und wann etwas Zeit, um gemeinsam gut zu essen, Zürcher Weine zu trinken und griechischen Wein zu besingen. Ich weiss nicht, ob allen der Anzug von vor einem Jahr noch so gut passt wie dir.

Lieber Berni, du hattest uns vor einem Jahr gern, als du gewählt wurdest. Du hast uns heute gern, der Applaus von vorhin hat gezeigt, dass dies auf Gegenseitigkeit beruht. Als Fraktion sind wir stolz, dass du

diesen Rat im Amtsjahr 2012/2013 als Präsident geführt hast, und freuen uns auf die weitere gemeinsame Zeit in diesem Rat. Vielen herzlichen Dank. (*Applaus. Bernhard Egg wird von der SP-Fraktion ein Blumenstrauß überreicht.*)

Wahl der ersten Vizepräsidentin

Ratspräsident Bruno Walliser: Wir kommen nur zur Wahl des ersten Vizepräsidiums. Gemäss Paragraph 13 des Kantonsratsgesetzes ist auch hier geheime Wahl vorgeschrieben.

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl als erste Vizepräsidentin vor:

Brigitta Johner, FDP, Urdorf.

Ratspräsident Bruno Walliser: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Ich mache darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht. Die Tür ist zu schliessen. Drücken Sie bitte die Präsenztaste «P/W».

Wir gehen wie folgt vor: Die Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese auf mein Zeichen hin wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen geben kann, dass alle Stimmzettel wieder eingesammelt sind. Es sind 172 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen. Sie sind damit einverstanden.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	172
Eingegangene Wahlzettel.....	172
Davon leer	13
Davon ungültig	0
Massgebende Stimmenzahl.....	159

Absolutes Mehr 80
 Gewählt ist Brigitta Johner mit 154 Stimmen
 Vereinzelte X Stimmen
 Gleich massgebende Stimmenzahl von X Stimmen
 (*Applaus.*)

Ich gratuliere Brigitta Johner zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihr Erfolg und Befriedigung im Amt. Liebe Brigitta, ich freue mich auf das Jahr mit dir und bitte dich jetzt, rechts von mir Platz zu nehmen. (*Brigitta Johner wird von der FDP-Fraktion ein Blumenstrauss überreicht.*) Die Tür bleibt geschlossen.

Wahl der zweiten Vizepräsidentin

Ratspräsident Bruno Walliser: Wir kommen nun zur Wahl des zweiten Vizepräsidiums. Auch hier ist geheime Wahl vorgeschrieben.

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl als zweite Vizepräsidentin vor:

Theresia Weber, SVP, Uetikon am See.

Ratspräsident Bruno Walliser: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Wir schreiten zur Wahl. Auch hier mache ich Sie nochmals darauf aufmerksam, dass auf der Tribüne und im Ratssaal ein Foto- und Filmverbot herrscht.

Wir gehen folgendermassen vor: Die Stimmzähler verteilen auf mein Zeichen hin die Stimmzettel und sammeln diese wieder ein. Sie sind gebeten, an Ihren Plätzen zu bleiben, bis ich das Zeichen geben kann, dass alle Stimmzettel eingesammelt sind. Ich bitte nun die Stimmzähler zur Tat zu schreiten.

Es sind 172 Ratsmitglieder anwesend. Die Wahlzettel können jetzt ausgeteilt werden.

Ich bitte die Stimmzähler, die Wahlzettel wieder einzusammeln.

Ich beantrage Ihnen, die Auszählung innerhalb des Ratssaals durchzuführen. Sie sind damit einverstanden.

Die geheim vorgenommene Wahl ergibt folgendes Resultat:

Anwesende Ratsmitglieder	172
Eingegangene Wahlzettel.....	172
Davon leer	38
Davon ungültig	<u>1</u>
Massgebende Stimmenzahl.....	133
Absolutes Mehr	67
Gewählt ist Theresia Weber mit.....	115 Stimmen
Vereinzelte	<u>18 Stimmen</u>
Gleich massgebende Stimmenzahl von	133 Stimmen
<i>(Applaus. Theresia Weber wird ein Blumenstrauss von der SVP-Fraktion überreicht.)</i>	

Ich gratuliere Theresia Weber zu ihrer ehrenvollen Wahl und wünsche ihr Erfolg und Befriedigung in ihrem Amt. Was kann einem Ratspräsidenten Besseres passieren, als dass er ein Jahr lang rechts und links von zwei charmanten Damen eskortiert wird.

Die Tür kann geöffnet werden.

Gratulation zur Wahl als Regierungspräsident.

Ratspräsident Bruno Walliser: Bevor wir zur Wahl von drei Sekretären kommen, bitte ich Sie, noch kurz zu bleiben. Gerne gratuliere ich Thomas Heiniger zur Wahl als Regierungspräsident. Ich freue mich, lieber Thomas, dass wir ein Jahr lang manchmal zusammen durch den Kanton Zürich und ab und zu auch ins nahe Ausland gehen dürfen. Ich bin überzeugt: Wir zwei sportlichen Typen bringen die anderen auf Trab. Herzliche Gratulation, Thomas. *(Applaus.)*

Wahl von drei Sekretärinnen oder Sekretären der Geschäftsleitung

Ratspräsident Bruno Walliser: Wir kommen zur Wahl von drei Mitgliedern des Sekretariats der Geschäftsleitung. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt zur Wahl vor:

*Barbara Bussmann, SP, Volketswil,
Roman Schmid, SVP, Opfikon,
Bernhard Egg, SP, Elgg.*

Ratspräsident Bruno Walliser: Bernhard Egg, wir entschuldigen uns. Du wohnst ja immer noch in Elgg und nicht in Egg (*wie auf dem Wahlzettel fälschlicherweise gedruckt*). Aber ich glaube, das ist jetzt das letzte Mal, dass wir das falsch geschrieben haben.

Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgesprochenen als Mitglieder des Sekretariates und der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere ihnen zur Wahl.

Ich verabschiede die geschätzten Mitglieder des Regierungsrates und freue mich, sie heute Abend in Volketswil wieder begrüßen zu dürfen.

Wahl von weiteren neun Mitgliedern der Geschäftsleitung

Ratspräsident Bruno Walliser: Diese Wahl kann ebenfalls offen durchgeführt werden oder wird ein anderer Antrag gestellt? Das ist nicht der Fall.

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt zur Wahl vor:

*Raphael Golta, SP, Zürich,
Esther Guyer, Grüne, Zürich,
Philipp Kutter, CVP, Wädenswil,
Heinz Kyburz, EDU, Männedorf,
Marcel Lenggenhager, BDP, Gossau,
Peter Reinhard, EVP, Kloten,
Benno Scherrer Moser, GLP, Uster,
Jürg Trachsel, SVP, Richterswil,
Thomas Vogel, FDP, Illnau-Effretikon.*

Ratspräsident Bruno Walliser: Werden die Vorschläge vermehrt? Das ist nicht der Fall. Ich erkläre die Vorgeschlagenen als Mitglieder der Geschäftsleitung für gewählt. Ich gratuliere ihnen zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Maximale Lohnschere in der Zürcher Kantonalbank

Parlamentarische Initiative von Mattea Meyer (SP, Winterthur), Peter Ritschard (EVP, Zürich) und Rosmarie Joss (SP, Dietikon) vom 28. Januar 2013

KR-Nr. 31/2013

Mattea Meyer (SP, Winterthur): Die Abzocker des Finanzplatzes Schweiz scheint das klare Verdikt des Stimmvolkes nicht zu kümmern. Die Topmanager der Teppichetage zocken weiter und fleissig ab. Die Leitungen führen neue Vergütungsinstrumente wie Bonus-Bonus ein und gleichzeitig bauen die Banken Arbeitsplätze ab. Die Vergangenheit hat klar gezeigt: Lohnexzesse haben nichts mit Leistung zu tun, sondern mit Macht, Verfilzung und Nachahmung. Für diese Löhne gehen Topmanager unverhältnismässige Risiken ein, tätigen fragwürdige Finanzgeschäfte und gefährden damit uns alle. Die Abzockerlöhne spotten der grossen Mehrheit der Menschen, ohne deren Arbeit die Manager ihren Reichtum gar nicht machen könnten. Erfolg ist nicht der Verdienst einer einzelnen Person, sondern von allen Angestellten und der gesamten Gesellschaft – auch bei der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*). Während sich die Abzocker immer mehr nehmen, bleibt für uns, alle anderen, immer weniger. Die aktuelle Politik hat es jedoch verpasst, griffige Massnahmen zu setzen und dieser Gier Einhalt zu gebieten. Das Volk hat genug von diesen Abzockerinnen und Abzockern. Nicht nur wurde die Minder-Initiative mit einem überwältigenden Mehr von 68 Prozent angenommen, sondern eine Mehrheit unterstützt gemäss Umfragen auch die «1:12»-Initiative, dass der Bestverdienende im Monat nicht mehr verdienen soll als der Schlechtestverdienende in einem ganzen Jahr, entsprechend dem Menschenverstand und, liebe SVP, auch der Schweizer Tradition. 1984 war das durchschnittliche Lohnverhältnis noch «1:6», 1998 be-

trug es «1:13» und erst in den letzten Jahren sind die Managerlöhne regelrecht explodiert.

Auch das Kader der ZKB gehört zu den rund 2500 Managern, die jährlich über 1 Million Franken verdienen. Dass nun zusätzlich das Bankratspräsidium und das Vizepräsidium für sich eine Lohnerhöhung von 30 Prozent einfordert, ist zusätzlich empörend. Mit einer von der ZKB genannten Lohnbandbreite von «1:34» liegt sie zwar nicht an der Spitze der Spitze der Abzockerbetriebe, ist aber trotzdem weit über dem, was bis vor Kurzem Realität war und was in anderen erfolgreichen Betrieben, wie der Victorinox, der ETH, der Universität oder des Bundes, der Fall ist. Die ZKB in ihrer Funktion als Staatsbank ist eine besondere Bank. Deshalb ist sie prädestiniert, in der Entlohnungspolitik im Bankensektor eine Vorbildrolle zu übernehmen. Das Zwölfwache des tiefsten Lohnes ist eine gute und ausreichende Entlohnung – auch für einen Topbanker. Dies wollen übrigens in zahlreichen anderen Kantonen nicht nur die SP, sondern auch die bürgerlichen Parteien, zum Beispiel im Kanton Glarus oder im Aargau. Im Kanton Glarus unterstützten alle Parteien eine Lohnbandbreite von «1:10» in der Glarner Kantonalbank und im Kanton Aargau gilt dank der SVP und anderen bürgerlichen Parteien eine Lohnbandbreite des doppelten Regierungsratslohns für den CEO der Aargauer Kantonalbank.

Die Gegnerinnen und Gegner der «1:12»-Initiative argumentieren, dass nicht die Menschen, sondern die Aktionäre über die hohen Vergütungen bestimmen sollen und so die Abzockerei bekämpfen könnten. Bei der ZKB bilden wir als Teil der Bevölkerung und als politisch zuständiges Organ das Aktionariat. Sie haben heute die Möglichkeit zu zeigen, wie ernst es Ihnen damit ist, überrissene Löhne und Boni zu stoppen, wie Sie es im Abstimmungskampf zur Minder-Initiative auf Ihren Plakaten betont haben. Heute haben wir hier die Chance, Verantwortung zu übernehmen, Abzocker zu stoppen und gerechtere Löhne zu schaffen. Die Toplöhne bei der ZKB sollen zukünftig nur noch im Gleichschritt mit den Löhnen aller anderen steigen. Denn niemand der Angestellten trägt in einem Monat mehr zum Erfolg der Zürcher Kantonalbank bei als alle anderen in einem ganzen Jahr. Danke.

Peter Ritschard (EVP, Zürich): Die Zwölf ist eine besondere Zahl. Sie ist mathematisch interessant, weil sie so viele Teiler hat und deshalb

oft auch für Zahlensysteme gebraucht wird. Dem Helden Herakles wurden zwölf Aufgaben aufgetragen, in der Bibel finden wir zwölf Apostel. Es gibt aber auch die Zwölftonmusik von Arnold Schönberg, die wohl nicht allen so schön in den Ohren tönt. Die Europaflagge, die vielen hier im Saal vermutlich auch missfällt, hat zwölf Sterne. Aber die Zwölf bleibt eine magische Zahl.

Warum ein Lohnverhältnis «1:12»? Wenn wir im dekadischen System bleiben wollen, können wir auch ein Lohnverhältnis von «1:10» vorschlagen, wie das bei der Glarner Kantonalbank auf Betreiben der SVP gilt. Ein Lohnverhältnis muss in drei Punkten stimmen. Da ist zunächst die Marktgerechtigkeit. Ein Bankmanager kann sich über seine Lohnschere nicht aufregen. Denn wenn sein hoher Lohn dem internationalen Markt entspricht, kann er erfolgreich eine neue Stelle finden. Wenn er zu dem hohen Gehalt keine Stelle mehr findet, war er überbezahlt, Stichwort «Arbeitsmarktfähigkeit». Zweites Stichwort: «Leistungsgerechtigkeit». Der Lohn sollte der Leistung entsprechen. Bei Aktiengesellschaften muss sich die Leistung im Aktienkurs widerspiegeln. Wenn der Anleger keine gute Rendite erhält, ist der Lohn unverdient. Bei einer Kantonalbank müsste neben den Ausschüttungen an das Gemeinwesen auch das Eigenkapital-Polster gut geöffnet sein. Ob die Zürcher Kantonalbank diese Bedingung erfüllt, werden wir vielleicht von der ZKB-Spezialkommission erfahren. Drittens muss die interne Gerechtigkeit erfüllt sein, das heisst die Gehälterpyramide innerhalb der ZKB muss organisch aufgebaut sein. Zur internen Gerechtigkeit gehören im Kanton Zürich auch die Regierungsräte. Wenn wir dem CEO der Kantonalbank ein Einkommen von 1,65 Millionen Franken bewilligen, müssen wir dieses Gehalt auch unserem Regierungspräsidenten geben, der mindestens die gleiche Arbeitslast und Verantwortung trägt.

«1:12» ist für die EVP ein Vorschlag für die Kantonalbanken. Für die grossen Geschäftsbanken sollte die Richtschnur bei «1:36» oder «1:40» sein, wie das der Schweizerische Evangelische Kirchenbund SEK vorgeschlagen hat. Wenn jemand ein sehr hohes Gehalt bezieht, verlagert sich sein Interesse darauf, sich das hohe Einkommen dauerhaft zu sichern. Das Geschäftsinteresse im Sinne der Aktionäre oder Mitarbeiter tritt in den Hintergrund. Wir würden auch für die Kantonalbank tüchtige Führungspersonen bei einer definierten Lohnschere finden.

Beerdigen wir einige neoliberale Mythen. Bitte überweisen Sie diese PI.

Andreas Geistlich (FDP, Schlieren): Die Maxime der FDP in Sachen ZKB lautet: Zukunft sichern, Risiko minimieren. Wir wollen eine marktfähige Bank mit professionellen Strukturen und mit hoher Kompetenz auf allen Stufen. Diese PI der SP bewirkt aber genau das Gegenteil, sie ist deshalb abzulehnen. Nur in einem Punkt kann ich Matteo Meyer heute recht geben: Sie gelangen mit Ihrem Anliegen an den Kantonsrat, also den Eigentümer der Bank. Dies im Gegensatz zur nationalen «1:12»-Initiative. Während sich dort das Stimmvolk wie ein Rasenmäher in private Angelegenheiten mischen soll, ist das im Falle der ZKB und des Kantons Zürich und des Kantonsrates eben der richtige Weg. Und als ebensolcher Eigentümer der Bank muss ich Ihnen nun vier Sachen sagen.

Erstens: Führungspersonen, welche eine Unternehmung lenken und welche eine grosse Verantwortung tragen, sollen, sofern sie die Leistung bringen, angemessen entschädigt werden und nicht innerhalb eines willkürlichen Lohnrahmens abgespeist werden. «Willkürlich» sage ich deshalb, weil das Verhältnis «1:12», ein Monat/ein Jahr, zwar gut tönt, aber auf der Ebene des verfügbaren Lohnes beispielsweise, also nach Abzug der Steuern, ist es nur noch «1:8». Warum «1:8», warum nicht «1:7», warum nicht «1:15»? Es ist einfach eine Zahl, Sie haben da vermutlich gewürfelt und irgendetwas herausgefunden.

Zweitens: Wir Liberalen haben Vertrauen in die Corporate Governance und die Strukturen der ZKB. Im Geschäftsbericht kann man das alles nachlesen: Der Bankrat erlässt die notwendigen Regeln. Er hat einen Vergütungsausschuss zur Seite, dessen Befugnisse ebenfalls klar sind, und so weiter. So werden die Leistung, die bereits erwähnt wurde, und die Entlohnung in Einklang gebracht.

Drittens: Die ZKB muss frei sein und sich so organisieren können, dass sie die Ziele, die wir ihr geben, auch erreichen kann. Dabei ist das Vergütungssystem ein wesentlicher Aspekt. Die Bank soll operativ frei sein, das zu tun, was zu tun ist, unabhängig von politischen Ideologien.

Und viertens haben wir alle ein grosses Interesse an einem florierenden Unternehmen und das sollten Sie auch haben, denn es geht ja auch um 5000 Arbeitsplätze. Denken Sie auch an die volkswirtschaftliche Bedeutung der ZKB, die Vernetzung mit unseren Unternehmen, mit den Privatkunden, den Hauseigentümern und so weiter, an die Gewinne für den Kanton und die Gemeinden. Die FDP will, dass das alles in

den bestmöglichen Händen ist, und wir wollen dies alles nicht einem unnötigen Risiko aussetzen.

Mit Ihrem Postulat respektive mit Ihrer Parlamentarischen Initiative greifen Sie zu sehr in das Operative ein, und dies auch noch in einer viel zu radikalen Weise. Die Linken wollen aus der ZKB ein sozialistisches Vorzeigeunternehmen machen. Das kann aber nicht die Intention einer verantwortungsvollen Eigentümerschaft eines Unternehmens sein. Lehnen Sie diese Parlamentarische Initiative deshalb mit uns klar und deutlich ab. Ich danke Ihnen.

Heinz Kyburz (EDU, Männedorf): Vielleicht mögen Sie sich an meine Worte vor drei Wochen erinnern, Zitat: «Wir erachten die im letzten Jahr ausbezahlten Vergütungen und gebildeten Anwartschaften an die neun Generaldirektionsmitglieder von insgesamt circa 13 Millionen Franken beziehungsweise durchschnittlich knapp 1,5 Millionen Franken pro Person als viel zu hoch. Es ist nicht einzusehen, weshalb diese Angestellten einer öffentlich-rechtlichen Anstalt im Gegensatz zu allen anderen öffentlichen Angestellten ausschliesslich leistungsbezogen entschädigt werden.» Der Markt ist überhitzt und die Entschädigungen, die an die Unternehmensspitzen ausbezahlt werden, stehen oft in einem Missverhältnis zu den Löhnen an der Basis. Unseres Erachtens trifft dies auch für die ZKB zu, wenngleich das Missverhältnis weniger ausgeprägt als bei den beiden Schweizer Grossbanken oder anderen international tätigen, börsenkotierten Unternehmen ist.

Die Initianten aus SP und EVP möchten nun mit dem Rückenwind der JUSO-«1:12»-Initiative der ZKB Vorschriften auferlegen, welche später gemäss Volksinitiative allen Unternehmungen auferlegt werden sollen. Die EDU lehnt dieses sozialistische Anliegen aber entschieden ab und begründet dies wie folgt: Die Lohnpolitik von Unternehmungen wird von den Inhabern von Unternehmungen oder von der strategischen Führung der Unternehmung festgelegt. Es ist nicht Sache des Staates, in diesem Bereich Vorschriften aufzustellen. Gleiches gilt auch für die ZKB. Die strategische Führung der ZKB liegt beim Bankrat. Dieser hat die Verantwortung, einerseits Lohnexzesse zu verhindern und andererseits für angemessene Löhne der Basis besorgt zu sein. Auch wenn uns die Generaldirektorenlöhne der ZKB als viel zu hoch erscheinen und wir uns auch nicht einfach damit trösten wollen, dass sie bei der UBS und der CS noch viel höher sind, so geht es dennoch nicht an, mit einer fiktiven Quote in den Markt einzugreifen. Denn

Quotenregelungen sind immer falsch, weil sie eben fiktiv sind und neue Ungerechtigkeiten schaffen. So könnte man auch die Quoten «1:10», «1:20» oder «1:30» und so weiter mit guten oder schlechten Argumenten verlangen. Vor allem schaffen Quoten aber neue Ungerechtigkeiten, weil sie Personen nicht aufgrund ihrer Qualifikation, sondern wegen der Begünstigung durch die Quotenregelung zu einem Recht verhelfen, das sie sonst nicht hätten. Dies diskriminiert die von der Quote Benachteiligten. So werden zum Beispiel bei der Frauenquote die Männer diskriminiert. Die Frauenquote suggeriert aber auch, die Frauen seien nicht gut genug, um aus eigenen Kräften die von ihnen angestrebten Ziele zu erreichen. Eigentlich sind Frauenquoten sexistisch.

Wir lehnen daher alle Anliegen, die mit sozialistischer Umverteilung oder Quotenregelung verbunden sind, entschieden ab und werden deshalb auch die vorliegende PI nicht unterstützen.

Andreas Hauri (GLP, Zürich): Klar ist, dass die ZKB im Bankensektor weder für Lohnexzesse noch für eine Tieflohn-Strategie bekannt ist. Diese Parlamentarische Initiative setzt nur schon aus diesem Grund bei der falschen Unternehmung an. Stellen wir uns also die ZKB als alleiniges Unternehmen, mindestens in der Bankenwelt, mit verpflichtenden «1:12» vor. Die Konsequenzen sind volkswirtschaftlich und sozial negativ, ja gar fatal. Erstens: Mitarbeiter mit Ambitionen meiden die ZKB oder wechseln zu einer sogenannt attraktiveren Bank. Zweitens: Mitarbeiter mit tiefem Lohnniveau werden ausgelagert. Für sie entstehen nur Nachteile oder Arbeitslosigkeit. Und drittens: Die ZKB wird in wichtigen unternehmerischen Freiheiten beschnitten. Dies wirkt sich auf die Professionalität und ihre Konkurrenzfähigkeit rasch aus. Und viertens: Die Kundenstruktur wird sich verändern zu einer finanziell wenig attraktiven und erfolgsversprechenden Basis.

Lassen wir der ZKB ihre unternehmerischen Freiheiten. Lassen wir sie nicht zu einer Art «Ballenberg» oder Museumsbank verkommen – klein, herzig und unrentabel. Auch der Kanton und die Gemeinden würden so selbstverständlich deutlich weniger finanzielle Mittel erhalten.

Noch dies: Die Grünliberalen verurteilen Lohnexzesse aller Art, lehnen jedoch die «1:12» bei der ZKB und auch bei allen anderen Unternehmen ab. Veränderungen müssen primär auf Bundesebene eingelei-

tet werden. Moralisch gilt es, Tiefstlöhne zu vermeiden. Diese sind ein grösseres Problem, aber nicht bei der ZKB. Wir bitten Sie, diese Parlamentarische Initiative nicht zu unterstützen.

Armin Steinmann (SVP, Adliswil): Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass die Initiative «1:12» für die Wirtschaft schädlich sei. Die angestrebte staatliche Regulierung der Lohnpolitik von Unternehmungen stellt grundlegende und bewährte Elemente der schweizerischen Wirtschaftsordnung infrage. Das liberale Arbeitsrecht mit einer niedrigen Regulierungsdichte und einer starken Sozialpartnerschaft ist eine wichtige Errungenschaft unseres Landes. Die Aussage des Regierungsrates lässt sich auch auf die ZKB übertragen. Mit dieser PI soll die ZKB in Sachen Lohnpolitik diszipliniert werden. Sie will ein Lohnmonster bändigen, das gar keines ist. Die PI rennt doch zudem offene Türen ein. Die ZKB darf nicht zum Spielball politischer Ränkespiele werden. Sie ist die Bank aller Zürcher, es ist also auch unsere Bank. Das Parlament hat mit der ZKB einen Leistungsauftrag und mit diesem soll die Versorgung, Unterstützung und Nachhaltigkeit verbunden sein – zudem mit der von der ZKB gelebten Ethik. Dies sind die Eckwerte, nach denen die Bank ihre Geschäfte abwickelt. Die ZKB muss ihren unternehmerischen Spielraum ausnützen können, qualifiziertes Personal einzustellen.

Die Initiative kann auch durchaus einen Pferdefuss haben, nämlich bei der Umsetzung. Da besteht die Gefahr, dass weniger qualifizierte Arbeiten, zum Beispiel Reinigungen, an private Unternehmungen ausgelagert werden, nur um die Bandbreite dieser Vorlage einzuhalten. Der Kantonsrat kann seinen Einfluss direkt und zum Beispiel auch über die Wahl des Bankrates und des Bankpräsidiums wahrnehmen. Dazu braucht es keine adaptierte Vorlage der JUSO. Wir brauchen eine starke Kantonalbank, die zum Wohle der Zürcher Wirtschaft tätig ist und dem Kanton und den Zürcher Gemeinden weiterhin ihre Gewinne abliefert. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, diese PI vorläufig nicht zu unterstützen.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Neid und Eifersucht ist eine Leidenschaft, die mit Eifer sucht, was Leiden schafft. Und die Forderung dieser «1:12»-Initiative-Adaptions-PI nach einer entsprechend starren Lohnstruktur innerhalb der ZKB schafft bestimmt Leiden, und zwar in Form von Wettbewerbseinbussen, die mit dem Verlust von

Arbeitsplätzen einhergehen und erst noch die Sozialversicherungsbeiträge in die Tiefe ziehen. Überhaupt darf auf keiner Ebene der Schweizer Wirtschaft die Untergrabung unseres flexiblen Arbeitsmarktes Schule machen, auch nicht in selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten. Die vorliegende Parlamentarische Initiative beabsichtigt nämlich in Tat und Wahrheit nichts anderes, als dass mittels staatlichen Eingriffs in die Lohnpolitik der ZKB eine Krebszelle in unsere liberale Wirtschaftsordnung eingepflanzt wird, die sich später, Metastasen bildend, in unserem gesamten Wirtschaftssystem weiter ausbreiten soll. Es handelt sich hierbei um dieselbe Krebszelle, welche wir den jungsozialistischen «1:12»-Initianten verdanken und die nun auf verschiedenen Kriegsschauplätzen den Anschlag auf unseren flexiblen Arbeitsmarkt üben. Sie greifen dabei einen der unbestrittensten und bewährtesten Hauptfaktoren an, der für das wirtschaftliche Erfolgsmodell «Schweiz» überhaupt verantwortlich gemacht werden kann. Wer diese Grundfeste unseres Wohlstands und die unmittelbar davon in Abhängigkeit stehende tiefe Arbeitslosenzahl willentlich gefährdet, ist von derart unsäglich und destruktiver Missgunst getrieben, dass man die Öffentlichkeit nur warnen kann, wenn sie das nächste Mal wählen geht. Wie der in letzter Zeit uns gegenüber an den Tag gelegte schroffe und teilweise fast martialische Ton unserer weltweit befreundeten Mitbewerber des internationalen Marktes zeigt, ist das Ausmass ihrer Verzweiflung im Kampf gegen ihre in Schieflage geratenen öffentlichen Finanzhaushalte gross genug, um uns fortwährend und bei jeder Gelegenheit mit Repressalien zu drohen. Deshalb sollten mittlerweile auch die romantischsten Träumer unter uns gemerkt haben, dass wir uns nicht wie Alice im Wunderland aufführen können und zum Überfluss mit abstrusen Hausrezepten uns selbst beschneiden dürfen, wenn es um den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit geht. Sei es nun auf kantonaler, nationaler oder internationaler Betrachtungsweise, der gesamte Schweizer Arbeitsmarkt muss unter allen Umständen flexibel und liberal bleiben. Sonst gefährdet man auf grobfahrlässigste Art unseren Wirtschaftsstandort und lässt in sträflicher Manier zu, dass die Arbeitslosenquote hochschnellt. Dies kann unmöglich im Interesse der Sozialdemokraten sein und schon gar nicht, wenn man bedenkt, dass dabei auch der Fiskus um ein entsprechendes Sümmchen des Steuersubstrates erleichtert würde.

Wir von der CVP lehnen diese PI aus ursozialen Gründen ab und verweisen auf die in den Sozialwissenschaften sowohl ausreichend dokumentierten wie auch verifizierten ökonomischen Zusammenhänge.

Alma Redzic (Grüne, Zürich): Sehr geehrter Herr Ratspräsident, an dieser Stelle Gratulation zur glänzenden Wahl.

Die Fraktion der Grünen, AL und CSP ist sich in dieser Frage nicht ganz einig, wir werden heute bunt abstimmen. Eine Minderheit in der Fraktion erachtet starre Regeln nicht als den richtigen Weg, um Vergütungsexzesse einzudämmen. Ebenso befürchtet sie eine Auslagerung des Niedriglohnsektors. Sie hält die Vorlage für populistisch. Es wäre besser gewesen, einen entsprechenden Antrag beim ZKB-Gesetz zu stellen.

Die Mehrheit der Fraktion spricht sich für das Anliegen aus. Es geht uns auch um zusätzliche Staatsfinanzen. Die ZKB hat im letzten Jahr der Generaldirektion mit ihren zehn Mitgliedern insgesamt etwas mehr als 11,5 Millionen Schweizer Franken ausbezahlt. Wäre die «1:12»-Initiative jetzt schon umgesetzt, hätte die ZKB mehr als 5 Millionen Personalkosten gespart und unter dem Strich wären das 5 Millionen mehr Reingewinn gewesen. Durch die Gewinnverteilung wäre hiervon noch eine ordentliche Summe in die Kantonskasse gespült worden. Warum also soll die Staatskasse auf diesen Betrag verzichten? Mantramässig wird das Argument hervorgeholt, der Chefetage müssten marktübliche Löhne ausbezahlt werden. Begründet wird dies vorab mit der massiven Verantwortung der Generaldirektion. Diesfalls definieren die Befürworterinnen und Befürworter der Vorlage den Begriff «Verantwortung» anders als die Gegnerinnen und Gegner des Anliegens. Die Mehrheit der Fraktion sieht die Verantwortung hier in erster Linie bei den Steuerzahlenden unseres Kantons. Mit der gesetzlich verankerten Staatsgarantie ist es das Geld des Kantons, das sich bei einem Fehlentscheid der ZKB-Direktion in Luft auflösen würde. Die Bürgerinnen und Bürger hätten nichts ausgefressen und müssten unter Umständen trotzdem geradestehen. Ärztinnen, Krankenpfleger, Pilotinnen, Gerichtspsychiater, Lehrerinnen, Architekten, Jugendarbeiterinnen, Strassenbauarbeiter und viele mehr tragen im wahren Leben Verantwortung. Ein Fehler eines Busfahrers kostet unter Umständen sein und das Leben vieler anderer. Er trägt enorme Verantwortung. Wieso verdient er nicht 1 Million Franken im Jahr? Muss man dazu eine Krawatte tragen? Fragen zur sich immer weiter öffnenden Lohnschere werden wir uns in Zukunft vermehrt stellen müssen. Eine Antwort, die sich auf den Begriff «marktüblich» stützt, reicht einfach nicht mehr. Die Bankenbranche hat bereits und wird noch weitere Stellen abbauen müssen. Da ein Überangebot an Arbeitskräften vor-

handen ist und diese Situation sich noch verschärfen wird, ist es nach den Regeln des Marktes ein idealer Zeitpunkt, die zu hoch angesetzten Löhne und variablen Vergütungen nach unten zu korrigieren. Wir bitten Sie, der PI zuzustimmen.

Bruno Fenner (BDP, Dübendorf): Auch die BDP-Fraktion ist besorgt über das Auseinanderdriften der Löhne und hat ein gewisses Verständnis für die Forderung. Aber da hören unsere Gemeinsamkeiten mit den Initianten bereits wieder auf. Diese Initiative lehnt sich sehr stark an die eidgenössische Volksinitiative «1:12» der JUSO an. Beide Initiativen sind wenig durchdacht und primär von Neid getrieben. Zudem haben sie einige Denkfehler und sind schädlich für die Schweiz und insbesondere für Zürich. Obwohl die ZKB als drittgrösste Bank im Wettbewerb zu den Grossbanken steht, ist sie nicht bekannt für Lohnexzesse. Auch ein Staatsbetrieb wie die Zürcher Kantonalbank ist auf Top-Leute angewiesen. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, die besten Talente an die Konkurrenz zu verlieren, nur weil man sie nicht entsprechend entlohnen kann. Es liegt doch auf der Hand, dass bei Annahme dieser unsinnigen Initiative die Niedriglohnjobs ausgelagert würden. Das kann doch nicht im Sinne der Initianten sein. Liebe Mattea Meyer, die ZKB ist sicher nicht mit der Glarner Kantonalbank zu vergleichen. Sorry, aber die Glarner Kantonalbank ist in etwa gleich gross wie die grösste Filiale der ZKB und deren Filialeiter bekommt nicht einmal die Hälfte des Salärs des CEO der Glarner Kantonalbank. Bitte vergleichen Sie nicht Äpfel mit Birnen.

Für den Kanton Zürich ist die ZKB zu wichtig und als Staatsbetrieb denkbar ungeeignet für solche sozialistischen Experimente. Die BDP wird die PI nicht unterstützen. Besten Dank.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Dieser Vorstoss hat ja einige Emotionen geweckt. Die CVP hat da Krebszellen gewittert und Panik geschürt. Ich weiss nicht, wo die grossen Probleme eigentlich liegen, ob die nicht bei den Exzessen liegen, ob eine Beschränkung bei diesen Lohnexzessen wirklich das System kränker machen würde oder ob mehr Kohärenz zu erwarten wäre, wenn das Ganze ein bisschen zusammenkommen würde. Ein gerechter Lohn – da hat ja jeder eine Vorstellung, was ein gerechter Lohn ist. Wieso soll jemand zwölfmal mehr verdienen als eine Putzfrau, die eine ganz unangenehme Arbeit macht? Klar, der Markt gibt das her. Wir haben da gehört, der Markt

würde dann alle Kräfte von der ZKB wegnehmen. Die würden alle eine neue Stelle finden. Die EVP hat zwar gesagt, man könnte das darauf abkommen lassen, ob man nicht auch genug gute Leute findet, die, sagen wir, 720'000 Franken verdienen würden. Man könnte ja den Mindestlohn bei der ZKB auf 6000 Franken anheben, dann würde man mit 720'000 Franken immer noch einen anständigen Lohn verdienen.

Aber was hier noch viel wichtiger ist und was mir da aufgefallen ist: die Panik, die da geschürt wird, dass das ganze System und die Kohärenz bei einem solchen Ansatz auseinanderfallen würden. Ich glaube, das sehen die wenigsten im Prinzip so, darum bin ich über die Mehrheiten hier ein bisschen überrascht. Wenn Sie draussen oder vielleicht sogar auf der Tribüne fragen würden, ob das nicht reicht, wenn jemand eben 600'000 Franken verdient, dann würden vermutlich die meisten Leute sagen: Doch, das sollte eigentlich genügen. Ich bin dann sehr überrascht, wie über diese «1:2»-Initiative abgestimmt wird und was das für Resultate gibt. Es wäre auch sehr wichtig und ein Ansatz oder ein Anreiz, die Mindestlöhne etwas zu erhöhen, denn wir haben ja die grossen Probleme bei den Löhnen unten, wenn die Leute nicht einmal 4000 Franken verdienen. Mal zwölf wäre das auch noch ein bisschen mehr und man hätte die CEO und die wichtigen Leute dann in der Pflicht. Sie hätten einen Anreiz, die Mindestlöhne einfach auf ein anständiges Niveau zu heben, weil sie ja dann mit dem Multiplikator auch profitieren könnten. Ich sehe das Ganze nicht so tragisch und dramatisch und die ZKB wäre vermutlich ein guter Ort, um auszuprobieren. Denn es gibt ja da ein paar Leute, die im Moment mehr als 720'000 verdienen. Dann könnte man sehen, ob die ZKB ihr Ergebnis wiederholen kann oder ob sie wirklich so dramatisch absinken würde, wie es da gesagt wird von den bürgerlichen Parlamentariern. Es wird vermutlich schwierig sein, da die notwendige Anzahl Stimmen zu erhalten, um diese PI zu überweisen. Aber der Ansatz ist richtig und wir werden im nächsten Jahr und in der nächsten Zeit noch viel mehr über Lohngerechtigkeit sprechen. Denn das ist etwas, das alle etwas angeht und das ist Sprengstoff, Franco Albanese, das ist der Sprengstoff, nämlich dass viele Leute nicht genug verdienen, um zu leben. Und der Sprengstoff ist nicht oben, wenn da zwei, drei Leute etwas weniger verdienen würden. Also ich denke, Sie müssen die Optik ändern und sich auf diese Diskussion einlassen. Vielen Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Es scheint mir schon das eine oder andere Missverständnis auf der bürgerlichen Ratsseite zu geben. Ich möchte die FDP beruhigen: Der Sozialismus wird mit einer Lohnbandbreite von «1:12» nicht eingeführt. Meines Wissens – ich weiss, ich war damals noch relativ jung und kann mich entsprechend schlecht erinnern – war der Sozialismus in den Achtziger- und den Neunzigerjahren auch nicht akut anwesend in der Schweiz, als man diese Lohnbandbreite hatte. Bei der CVP hörte man ja von der Krebszelle. Da frage ich mich, ob Sie die Krebszelle nicht eher mit einer erwünschten Mutation verwechseln. Denn solche Mutationen bringen eben die Evolution vorwärts und bringen etwas Neues, Gutes zustande. Dass die EDU mit der Evolution etwas Probleme hat, ist ein anderes Thema. Es wurde verschiedentlich suggeriert, dass Kunden en masse davonrennen könnten, wenn «1:12» bei der ZKB eingeführt würde. Das stelle ich doch etwas infrage. Wenn man schaut, wie die Abzocker-Initiative gerade auch hier im Kanton Zürich angenommen wurde, müsste man eigentlich davon ausgehen, dass ganz viele Kunden ziemlich happy wären, wenn die ZKB «1:12» hätte. Bei dieser PI geht es insbesondere auch um Respekt, nämlich um Respekt vor allen Angestellten, nicht nur vor dem Top-Management. Es geht darum, dass alle etwas zum Erfolg dieser Bank beitragen. Es geht darum, dass wir alle hier drin ein Interesse an der sozialen Kohäsion haben sollten und dass wir daran interessiert sein sollten, dass die Lohnschere nicht weiter auseinanderdriftet. Und eben gerade hier ist der Bankensektor ein besonders schlechtes Beispiel. Es ist deshalb umso wichtiger, dass die ZKB mit strahlendem Beispiel vorangeht. Ermöglichen wir doch der ZKB ihren evolutionären Schritt, stimmen Sie der vorläufigen Unterstützung der PI zu. Danke.

Esther Guyer (Grüne, Zürich): Sie haben es gehört, meine Fraktion ist sich nicht ganz einig in der Unterstützung dieser Parlamentarischen Initiative. Einig sind wir uns aber, dass die Lohngerechtigkeit ein zentraler Punkt unserer Politik ist, und ebenso einig sind wir uns, dass diese Lohnexzesse mehr als nur ärgerlich sind und dass es leider Leute gibt, die unverbesserlich sind und die diese Exzesse immer weitertreiben. Einig sind wir uns nicht darin, dass einige finden, es reicht, wenn wir die «1:12»-Initiative national unterstützen, wir brauchen jetzt kein Exempel an einem einzigen Betrieb hier in unserem Kanton zu statuieren. Darum warten wir es ab, wenn es um die Unterstützung der «1:12»-Initiative national geht, dann werden wahrscheinlich alle dabei

sein. Mein Punkt, warum ich diese Initiative heute unterstütze: Da gibt es eine Frage, die dann beantwortet werden könnte, die ich zentral finde, nämlich: Welche Massnahmen trifft man, damit die ZKB oder die anderen Betriebe nicht Leute mit tiefen oder ganz tiefen Löhnen entlassen und diese Jobs dann auslagern? Darauf hat man von den Jusos keine Antwort bekommen. Man hat die Frage in der «Arena» (*Politsendung des Schweizer Fernsehens*) Herrn Roth (*David Roth, Präsident der Juso*) dreimal gestellt, jedes Mal ist er ausgewichen, hat nichts gesagt. Ich bin gespannt: Wie wollen Sie das umsetzen? Es gibt in der ZKB sehr viele Leute mit repetitiven Arbeiten, die Putzfrauen sind schon ausgelagert. Aber diese Leute mit den Arbeiten, die wenig Lohn bekommen – wie halten Sie sich daran, dass diese Leute nicht entlassen werden, ihre kleinen Firmen gründen müssen und diese Arbeit extern vergeben wird? Auf die Antwort der Juso auf diese Frage bin ich sehr gespannt und darum auch auf die Umsetzung, sollte es dazu kommen, dann wahrscheinlich in der ZKB-Kommission. Dann könnte die Frage beantwortet werden und das würde mich freuen. Darum stimme ich zu. Danke.

Ratspräsident Bruno Walliser: Für die vorläufige Unterstützung einer Parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der Parlamentarischen Initiative stimmen 55 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen nicht erreicht. Die Initiative ist abgelehnt.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Einladung zum Apéro

Ratspräsident Bruno Walliser: Es freut mich, Sie zum Apéro einladen zu dürfen. Der diesjährige kantonsrätliche Weisswein kommt aus dem Rebberg Schloss Uster. Es ist ein edler Riesling Sylvaner, Jahrgang 2012, angebaut von Eveline Heusser Feisthammel, gekeltert und abgefüllt von der VOLG-Weinkellerei Winterthur. Der Rotwein – und das

passt auch zum Rat – ist ein nobler Blauer, Pinot Noir Spätlese, Jahrgang 2011, und stammt aus dem Weingut von Nadine Saxer in Nefenbach. Sie haben festgestellt: Das sind zwei Winzerinnen. Ich habe mich auch für ein Kantonsratsbier entschieden, um den Durst mit einem kühlen Schluck stillen zu können. Das naturbelassene Bier ist frisch, eigenwillig und spritzig, was gut zum Kantonsrat passen sollte. Das Bier wird unter der Leitung von Hanspeter Bucher durch die Brauerei Uster Braukultur AG gebraut, welche auf Tradition und örtliche Bierkultur setzt. Die stilvollen und wunderbaren passenden Etiketten wurden von meinem Freund Christoph Kern aus Uster gestaltet. Kulinarisch werden wir durch das Catering-Team von Michael Künzli, meinem ehemaligen Nachbarn aus Volketswil, verwöhnt.

Am Schluss möchte ich mich von meinen Berufskollegen ganz herzlich für das Spalierstehen vor dem Rathaus bedanken. Wenn das kein gutes Omen ist für das kommende Jahr! Ich wünsche Ihnen nun allen Prost und auf ein gutes neues Amtsjahr.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Umsetzung Gesetz über die ärztlichen Zusatzhonorare**
Postulat *Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit*
- **Beibehaltung der Prämienregionen der Krankenkassen im Kanton Zürich**
Dringliches Postulat *Hanspeter Haug (SVP, Weiningen)*
- **Vorgezogene Optimierung des Autobahnanschlusses Affoltern**
Anfrage *Christian Lucek (SVP, Dänikon)*

Schluss der Sitzung: 11.30 Uhr

Zürich, den 6. Mai 2013

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am
XXXXXXX 2013.